



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

12

Dezember 2020 / 54. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

Besinnliche Feiertage

Seite 5 <

Kampagne der
Deutschen Polizei-
gewerkschaft (DPoIG)

**Wertschätzung und
Respekt für die Polizei**

Seite 20 <

Fachteil:
– „Gaffer“, ein polizei-
liches Problem nebst
Lösungsansatz aus
der Sicht eines
Einsatzbeamten

WERTSCHÄTZUNG

**will ich
sehen!**

Wer von Wertschätzung spricht,
muss bereit sein, sie nicht zu geben.
Gerichte, Einkommen, angemessene
Arbeitsbedingungen, Verdienste,
Anerkennung und echte Solidarität
gehören dazu.



www.dpog.de
info@dpog.de

114

© 2020



Personalratswahlen – stimme ab! Wahlerfolg in der Dir 4

Liebe Mitglieder der
DPoIG Dir 4,

ich möchte die Gelegenheit nutzen und mich bei jeder und jedem von euch für den wahn-sinnigen Wahlerfolg bei den diesjährigen Personalratswahlen der Dir 4 Süd bedanken.

Unser sehr erfolgreiches Wahlteam und unsere Kandidatinnen und Kandidaten haben dafür gesorgt, dass wir der erste Kreisverband seit Bestehen der DPoIG Berlin sind, dem es gelungen ist, eine PR-Wahl im örtlichen Bereich für sich zu entscheiden. Darauf können wir besonders stolz sein!

Inhalt

- 1 Torsten Riekötter zu den Wahlen Dir 4 Süd
- 2 Wahlbeobachter auf vier Pfoten
- 3 Bußgeldstelle lahmgelegt
- 4 Unfallfürsorge? So nicht! Ein Erfahrungsbericht
- 5 #polizeiwertschätzen
- 6 Fortsetzung zur Erschwerniszulage
- 7 Gratulation

Das Ergebnis

Bei den **Beamten** hat die DPoIG mit 379 Stimmen 7 Sitze gewonnen, die GdP mit 247 Stimmen 5 Sitze und der BDK mit 85 Stimmen 1 Sitz.

Unter den **Arbeitnehmern** hat die DPoIG mit 17 Stimmen 0 Sitze gewonnen, die GdP mit 34 Stimmen 2 Sitze.

Fortsetzung nächste Seite >



> Torsten Riekötter, Kreisverbandsvorsitzender Dir 4 (Süd) und zweiter stellvertretender Personalratsvorsitzender Dir 4 (Süd)



© DPoIG Berlin (4)

1

Landesverband Berlin

Impressum:

Redaktion: Kay Biewald
E-Mail: presse@dpolg-berlin.de
V. i. S. d. P. Bodo Pfalzgraf
Landesgeschäftsstelle:
Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin
Besuchszeiten:
Mo. bis Mi. 9–15 Uhr
Do. 9–18 Uhr
Fr. 9–13 Uhr
Telefonsprechzeiten:
Mo. bis Fr. 10–13 Uhr
Tel. 030.3933073
Fax 030.3935092
Internet: www.dpolg.berlin
E-Mail: post@dpolg-berlin.de
ISSN: 0723-1814

Facebook: @polizei.berlin.5
Twitter: @DPoIGBerlin
WhatsApp: 0176.73282828
Instagram: @dpolgberlin



Wer mit seinem Handy diesen Code einscann, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.

Weihnachtsgrüße

Die DPoIG Berlin wünscht ein frohes Weihnachtsfest mit hoffentlich besinnlichen Stunden und ein glückliches, erfolgreiches und gesundes Jahr 2021. Auch wenn weder Weihnachten noch der Jahreswechsel die Normalität der Vergangenheit haben können, hoffen wir für un-

sere Mitglieder der #Polizeifamilie einschließlich der Ordnungsdienstämter auf besinnliche Stunden und Möglichkeiten der



© DPoIG Berlin

Begegnungen mit den Menschen, die euch wichtig sind.

Euer
Bodo Pfalzgraf,
Landesvorsitzender
der DPoIG Berlin



Auch für den **Gesamtpersonalrat** haben wir mit 303 Stimmen ein super Wahlergebnis erreicht.

Bei jeder durchgeführten Wahl im Bereich der Dir 4 Süd sind wir als stärkste Fraktion hervorgegangen.

Es ist für mich persönlich eine Ehre, Kreisvorsitzender dieses super Kreisverbandes zu sein.

Wir versprechen euch, das sage ich im Namen aller Kandidatinnen und Kandidaten der DPoIG Berlin Dir 4 Süd, dass wir euren Auftrag für die nächsten vier Jahre verstanden haben und versuchen werden, ihn in die Realität umzusetzen.

Wir werden weiterhin für euch da sein. Aus der Basis für die Basis ... DANKE euch allen!!!

Im zweiten Teil unseres gemeinsamen Wahlerfolges wurden in der konstituierenden Sitzung des neuen Personalrates am 12. November 2020 Holger Graf als Personalratsvorsitzender der Dir 4 Süd und ich, Torsten Riekötter, als zweiter Stellvertreter gewählt.

Jetzt heißt es für uns, den von euch an uns herangetragenen Auftrag in die Praxis umzusetzen.

*Aus Liebe zum Beruf – eure DPoIG Dir 4 Süd – euer Kreisverbandsvorsitzender
Torsten Riekötter*

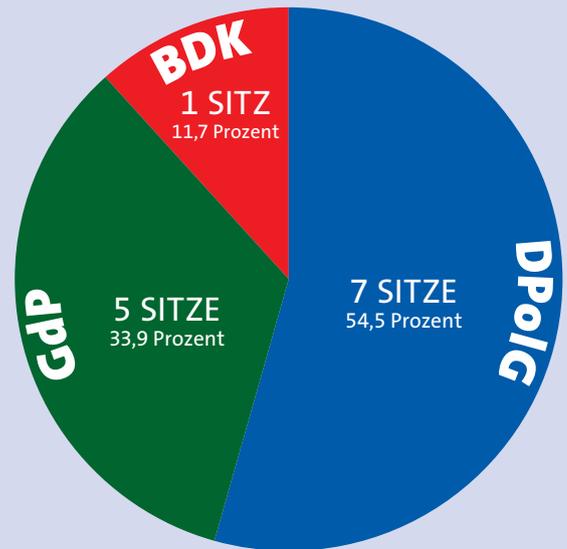
Ich möchte an dieser Stelle nochmal alle Wähler und Wählerinnen der Direktionen und Ämter, in welchen mit Erscheinen des POLIZEI-SPIEGELS noch Wahlen laufen, auffordern: Gebt den Kandidaten und Kandidatinnen der DPoIG Berlin eure Stimme! Denn nur so können sie aktiv an einer erfolgreichen Personalratsarbeit mitwirken.



> Torsten Riekötter und Holger Graf (unten), Holger Graf ist Personalratsvorsitzender der Dir 4 Süd

Personalratswahlen Dir 4 Süd

Wahlergebnis Beamte

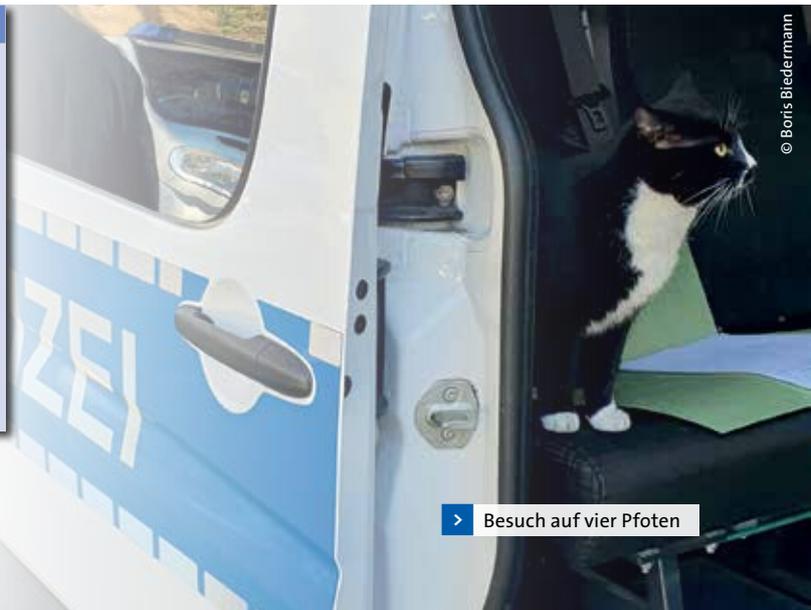


- DPoIG: 379 Stimmen
- GdP: 247 Stimmen
- BDK: 85 Stimmen

> Katze im mobilen Wahlbüro

Wahlbeobachter auf vier Pfoten

Im mobilen Wahlbüro können die Kolleginnen und Kollegen im Außendienst, zum Beispiel vor Botschaften oder Wohnhäusern von Schutzpersonen, ihre Stimme abgeben. An einem Standort von Objektschützern in Lichterfelde kam diesmal eine kritische Wahlbeobachterin dazu: „Eine Katze umschlich eine Weile unseren blau-weißen-Mannschaftsbus und sprang dann hinein auf den Sitz“, sagt der stellvertretende Vorsitzende der DPoIG Berlin, Boris Biedermann, der vor Ort war. „Sie hat da eine ganze Weile rumgeschnurrt.“ Sie blieb vier Minuten – länger als eine Stimmangabe im Schnitt dauert. Boris Biedermann weiter: „Schwarz-weiße Katze – wir haben sie als gutes Omen verstanden.“



© Boris Biedermann



Günstige Zeiten für Verkehrssünder: Die Bußgeldstelle kommt nicht nach Kaum Personal und keine Ressourcen ...

... aber etliche politische Wünsche. Es ist eine erschreckende Bilanz: Die Bußgeldstelle ist personell und materiell ausgequetscht, das Personal frustriert und demotiviert. Erwartete Mehreinnahmen aus Hunderttausenden Verwarn- und Bußgeldern werden ausbleiben. Die DPoIG stellt nun folgende Forderungen, um die Probleme anzupacken und zu lösen.

Der Polizeipräsident in Berlin ist eine Frau und schreibt gerne persönlich. Die Behördenbezeichnung für die Polizei Berlin, und ja, sie gilt bis heute auf den offiziellen Behördenbriefköpfen weiter, steht auf allen Bescheiden fürs Falschparken und andere Verkehrsverstöße.

Organisatorisch in die Polizei Berlin eingegliedert, leistet die Bußgeldstelle schon immer eine immense Kraftanstrengung und arbeitet die jährlich steigenden Anzeigenzahlen mit einer so bemerkenswert stoischen Beharrlichkeit ab, dass die Probleme bisher nicht an die Öffentlichkeit gelangten.

Mit einem unveränderten Personalkörper, veralteter Technik, veralteter Software und einem engen und alten Dienstgebäude steht die Bußgeldstelle in schlechter Einhelligkeit zur übrigen Polizei Berlin. In sogenannten Dienstkräftenanmeldungen (DKA), die in einem politisch-schrulligen Ritual ablaufen, hatten der ehemalige Polizeipräsident Klaus Kandt als auch unsere aktuelle Polizeipräsidentin Dr. Barbara Slowik immer wieder versucht, eine massive Aufstockung in der Anzahl an Verwaltungsbeamten und Tarifbeschäftigten in der Polizei Berlin und der Bußgeldstelle zu erreichen.

■ Notorisch unterfinanziert

Diese Wünsche, und als mehr kann man die Verhandlungsposition bei einer DKA nicht bezeichnen, wurden durch den Finanzsenator mit Billigung des Haushaltsausschusses alle abgelehnt oder massiv zusammengestrichen. Ob hier nun die Senatsverwaltung für Inneres und Sport im Auftrag oder weiser Voraussicht das notwendige Personal weggestrichen hat, ist letztlich irrelevant. Im Ergebnis wollte kein politischer Verantwortungsträger die Unterfinanzierung der Bußgeldstelle beenden, trotz der massiven Einnahmen aus diesem Bereich.

Warnungen aus der Polizei Berlin, aus der Bußgeldstelle selbst und von uns als Gewerkschaft blieben ungehört. Nun ist das, was alle, außer den politischen Entscheidungsträgern insbesondere der Finanzverwaltung, haben kommen sehen, auch eingetreten: **Die Bußgeldstelle ist nicht mehr fähig, ihre Aufgaben zu erfüllen.**

In Berlin soll mindestens im gesamten S-Bahn-Ring die Parkraumbewirtschaftung eingeführt werden. Dazu sollen alle Bezirke – im bekannten dezentralen Berliner Dünkel – nach eigenem Ermessen ihre Mitarbeitendenzahl zur Park-

raumbewirtschaftung erhöhen. Stationäre und mobile Blitzer werden Jahr für Jahr aufgestockt. Bedienpersonal fehlt übrigens auch, dazu ein andermal. Die Fahrradstaffel macht ebenfalls einen guten Job, soll personell anwachsen und wird ebenfalls Tausende Anzeigen zusätzlich fertigen.

■ Das Nadelöhr ist dicht

Nebenbei werden Mehreinnahmen im zweistelligen Millionenbereich realistisch prognostiziert. In den Bezirken sollen damit die personellen Mehrausgaben in der Ahndung und Überwachung gedeckt werden. **Für die Polizei gibt es keinen Cent, trotz des Löwenanteils der Arbeitslast, die in der Sachbearbeitung der Anzeigen in der Bußgeldstelle anfällt.** Noch dreimal deutlicher: Es gibt **kein** neues Personal, **keine** neue Software, **kein** geeignetes Dienstgebäude.

Im Ergebnis wird der Bußgeldstelle aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit im Ordnungswidrigkeitenverfahren nichts anderes übrigbleiben, als Verfahren erst gar nicht einzuleiten oder unter anderem aus Gründen der Verjährung einzustellen. Hier geht es nicht um ein paar Tausend Verfahren bei mehreren Millionen Anzeigen, sondern um Hunderttausende Verfahren.

Die Bußgeldstelle ist personell und materiell einfach ausgequetscht. Personal wird frustriert und demotiviert. Erwartete Mehreinnahmen aus Verwarn- und Bußgeldern werden ausbleiben. Die Regel-treue im Straßenverkehr wird ohne Ahndung, als Bestandteil der Verbundstrategie in der

Verkehrssicherheitsarbeit, nachlassen. Das wird der Verkehrssicherheit in Berlin nachhaltigen Schaden zufügen.

Ohne Personal und Ressourcen kann die Bearbeitungsmenge nicht einfach weiter gesteigert werden. Die politischen Parteien sollten sich schämen, wenn sie jetzt eine Umschichtung von Personal fordern, weil es das in den übrigen Aufgabengebieten der Polizei ebenfalls nicht gibt. Ebenso sind Schuldzuweisungen an unseren amtierenden Innensenator keine Lösung, sondern nur Show. **Wir erwarten eine Lösung und keine Besprechung der Symptome.**

Die Betroffenheit und Skandalisierung aus Teilen der aktuellen Regierungskoalition kann nur als lächerlich bezeichnet werden. Es ist eine Beleidigung der Mitarbeitenden der Bußgeldstelle, wenn die Politik sich jetzt gegenseitig die Schuld zuschiebt, ohne eine Verbesserung der Situation herbeizuführen.

Wir fordern die Regierungsfractionen auf, sofort ihre Aufgaben zu erledigen, damit die Bußgeldstelle ihren Aufgaben nachkommen kann.

■ Die DPoIG fordert:

- > Sofortige Freigabe von 100 Stellen mindestens EG 9 für die Bußgeldstelle noch im Jahr 2020 über einen Nachtragshaushalt
- > Sofortige Sonderinvestition beziehungsweise Priorisierung der Ertüchtigung der Softwarelösungen für das BOWI-Verfahren

Fortsetzung nächste Seite >



- > Möglichkeit und materielle Ausstattung für alle Mitarbeitenden der Bußgeldstelle zum mobilen Arbeiten über das bestehende Maß hinaus
- > Sofortige Einsetzung einer offiziellen Leitung der Bußgeldstelle mit dazugehöriger Vertretung

> Ersatzweise haben der Ausbau der Parkraumüberwachung und die weitere
- Erhöhung der Anzahl an automatisierten Überwachungsgeräten zu unterbleiben

Verkehrssicherheitsarbeit ohne Konzept, ohne Ressourcen und unter Missachtung der polizeilichen und gesellschaftlichen Expertise ist eine Gefahr für die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt.

Leserbrief einer Berliner Kollegin, die einen schweren Dienstunfall hatte.

Fazit: Mein Dienstherr hat mich einfach fallen lassen

Uns als DPoIG Berlin hat der Leserbrief einer Kollegin erreicht, deren Leidensgeschichte auf ihrer Dienststelle und mit der Unfallfürsorge nicht schlimmer sein könnte. Die Kollegin war im Dienst schwer verletzt worden. Doch das Strafverfahren gegen die Angreiferin wurde eingestellt, weil „die zu erwartende Strafe gering wäre und kein öffentliches Interesse an der Verfolgung“ erkannt wurde. Die Klage beim Zivilgericht auf Schmerzensgeld verlief ohne Erfolg, da der psychisch erkrankten Frau ein Freibrief ausgestellt wurde. Jetzt hat sich die verzweifelte Kollegin an die DPoIG als Gewerkschaft gewandt und bekam sofort rechtsanwaltliche Unterstützung. Im POLIZEISPIEGEL erzählt sie ihren Fall.

„Durch heftige Widerstandshandlungen einer psychisch erkrankten Frau während eines Amtshilfeinsatzes für das Jugendamt wurde ich schwer verletzt. Ich erlitt Einblutungen im linken Knie, eine Zerrung des linken Mittelfingers und hatte starke Schmerzen in der Lendenwirbelsäule.“ Das war am 12. April 2018.

„Noch am gleichen Tag begab ich mich in Behandlung, da ich bereits 2017 zwei Operationen nach einem Bandscheibenvorfall hatte. Zunächst schien alles gut zu sein. Doch keine 14 Tage später stellten sich bei mir erhebliche körper-

liche Beschwerden ein, sodass kurz darauf festgestellt wurde, dass ich bei dem Einsatz erneut einen Bandscheibenvorfall erlitten hatte.“ Mittels periradikulärer Therapie sollte der Bandscheibenvorfall behandelt werden. In der Folge bekam sie im Juli 2018 eine Thrombose.

„Plötzlich kam es zu Problemen mit der dienstlichen Unfallfürsorge und auch mit meinem Abschnitt. Eigentlich sollte ich 2017 zur Oberkommissarin ernannt werden, jedoch konnte ich durch die Operationen an der Bandscheibe kein Sportattest vorweisen. Ich trat deshalb selbst von der Beförderung zurück.“ Ihr Abschnittsleiter setzte sich dafür ein, dass sie 2018 befördert wurde.

Dann der nächste Schock. „Die Kosten für die Behandlungen der erlittenen Thrombose wurden nicht übernommen, mit der Begründung, dass keine Kausalität zum Bandscheibenvorfall zu erkennen sei. Jedoch wurde das erforderliche Medikament, welches die Thromben auflöst, zunächst bezahlt, dann wieder nicht, dann doch. Dies teilte ich dem dbb Rechtsschutz-Anwalt mit.

Ende Juli 2018 reichte ich einen Rehabilitationsantrag bei der Unfallfürsorge ein. In der Hoffnung, dass nun alles läuft, bekam ich die Aufforderung vom ärztlichen Dienst, meine Un-

terlagen zur OP 2017, meinen dazugehörigen Rehabericht und den MRT Befundbericht 2017 bis Oktober 2018 zuzusenden. Dies tat ich umgehend.

Die Rechnungen wurden weiterhin nicht bezahlt. Im Oktober bekam ich von der Unfallfürsorge einen Anruf. Angeblich wären meine oben genannten Unterlagen nicht da. Ich hatte sie aber umgehend nach der schriftlichen Aufforderung per Einschreiben mit Rückantwort der Unfallfürsorge zugesendet. Sie wurden dann doch gefunden. Was für ein Glück.

Danach wurde es wieder still. Ich hatte zu diesem Zeitpunkt einen Ausstand in Höhe von fast 5 000 Euro. Nach einem Schreiben vom dbb Anwalt wurde ein Teil der Rechnungen bezahlt. Die Thrombose und das dazugehörige Medikament wurden ausgedankelt. Dazu hieß es, die Kos-

ten könne ich bei der Beihilfe und der Krankenkasse geltend machen.

Ich musste den ablehnenden Bescheid und all die Rechnungen, die es betraf, kopieren und an die jeweiligen Stellen weiterleiten. Was für ein Aufwand, aber die Kosten waren hoch und den Ausstand konnte ich mir nicht leisten.

Zwischendurch fragte der dbb Anwalt immer mal wieder nach, ob mein Rehabilitationsantrag genehmigt wurde. Erst Mitte Januar 2019, nach mehr als fünf Monaten, kam der Bescheid von der Unfallfürsorge mit der Genehmigung für eine Reha. Die Maßgabe war, dass ich diese innerhalb von drei Monaten angetreten haben muss, sonst wäre der Bescheid hinfällig.





Hier die nächsten Schwierigkeiten: Die Klinik musste für meine Beschwerden geeignet sein, der Polizeiarzt musste zwecks Kostenübernahme der Klinik zustimmen und eine Klinik musste in der Zeit noch einen Platz für mich haben. Die größte Herausforderung war es, eine Klinik zu finden, die die gleichen Beihilfesätze wie Berlin hat.

Ich hatte Glück, fand eine Klinik! Im Februar 2019 wurde mein Bandscheibenvorfall dann endlich auch als Dienstunfall anerkannt, die Thrombose aber nicht, der dadurch erlittene Nervenschaden auch nicht. Der dbb Anwalt legte Widerspruch ein. Dazu läuft seit Ende November 2019 eine Klage vor dem Verwaltungsgericht.

Mitte März 2019 meinte die Sachbearbeiterin der Unfallfürsorge dann, dass ich zur Thrombose keinen Widerspruch eingelegt hätte, sie dies deshalb nicht weiterarbeiten müsse. Doch der Widerspruch hatte bereits im August 2018 stattgefunden. Wieder musste der dbb Anwalt handeln. Sieben Monate verschenkt für nichts und wieder nichts. Und die Kosten liefen weiter.

Im Oktober 2019 war es dann soweit: Meine Thrombose wurde anerkannt.

Ich leide tagtäglich unter Schmerzen, leide unter Bewegungseinschränkungen, unter Schlafstörungen. Ich kämpfe mich durch. Tag für Tag. Am 3. Februar 2020 habe ich meine

Arbeit wieder aufgenommen. Doch drei Monate später musste ich das Hamburger Modell abbrechen, weil sich mein Gesundheitszustand verschlechterte.

Ein im Mai 2020 gestellter Antrag auf eine adäquate Schmerztherapie ist bis heute weder genehmigt noch abgelehnt worden. Das Warten auf eine Entscheidung, egal wie sie aussehen mag, ist für mich das Schlimmste und meine Gesundheit leidet immer mehr darunter.

Ich befinde mich in Physiotherapie, bekomme Massagen, Lymphdrainagen und Krankengymnastik. Noch heute warte ich auf etwa 1.200 Euro, die bislang nicht übernommen wurden. Ich habe mitbekom-

men, dass ich für die Behörde nicht mehr zähle. Schade, zumal mein Leiden einzig und allein durch meinen Job entstanden ist. Polizistin, das war mein Traumberuf. Bis ein Amtshilfeinsatz für das Jugendamt mein Leben kaputtgemacht hat. Einzig und allein hat mir bisher die DPoIG Berlin zur Seite gestanden, worüber ich sehr froh und dankbar bin.“

Der Artikel ist bewusst anonym geschrieben, um der Kollegin nicht weiter zu schaden. Die DPoIG Berlin wünscht ihr alles erdenklich Gute! In ähnlich gelagerten Fällen bieten wir allen Mitgliedern eine kostenlose Rechtsschutzberatung und bei Antragstellung einen Rechtsschutz über das dbb Dienstleistungszentrum an.

Kampagne der Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg



Die Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Polizeigewerkschaft im Landesverband Hamburg haben eine tolle Kampagne zur Wertschätzung ins Leben gerufen. Anlass ist die ungeheure Einsatzbelastung, also die Zahl der Einsätze, die bedrücken und belasten, bei Anfeindungen und Beleidigungen bis hin zu purem Hass. Und das gegen Männer und Frauen, die sich dafür einsetzen, dass unsere Gesellschaft nicht auseinanderfällt, so heißt es im Video zur Kampagne, das in den sozialen Medien zu sehen ist. Die DPoIG Bund hat sie aufgegriffen und auch wir schließen uns an. Links seht ihr Beiträge im Instagram-Account der DPoIG Bund mit Beiträgen aus verschiedenen DPoIG-Verbänden sowie unseres Landesvorsitzenden Bodo Pfalzgraf und unseres stellvertretenden Landesvorsitzenden Boris Biedermann.



Die „Bewertung der Erschwerniszulagen in der Polizei Berlin“, Teil 2. Unter der Lupe

Unser Vorstandsmitglied Christoph Lüdicke hat im September 2020 eine „Evaluation der Erschwerniszulagenverordnung Berlin durch die Deutsche Polizeigewerkschaft Landesverband Berlin (DPoIG)“ vorgelegt. Wir präsentieren euch seit der vorangegangenen Ausgabe des POLIZEISPIEGELS die Ergebnisse mit zahlreichen Vorschlägen zur Verbesserung.

2. Anpassungsvorschlag AHu-Zulage

Zur Vermeidung einer übermäßigen Textfülle im § 9 EZuLV könnte der bestehende Verordnungstext „... höchstens jedoch 60 Euro monatlich“ wie folgt ersetzt werden:

Im Kalenderjahr können maximal 36 Einsätze abgegolten werden.

In dieser Anpassung wäre keine komplizierte Übertragung von Einsätzen notwendig. Die Dienstkräfte würden bei vielen AHu-Einsätzen gegebenenfalls mehr Zulage erhalten als Mitarbeitende der Bepo. Sollte dies als unproblematisch betrachtet werden, so wäre dies die unbürokratische Lösung. Es wären lediglich die Anzahl der Einsätze im Kalenderjahr mitzuzählen,

was sicherlich auch systemseitig einfach abzubilden wäre.

KMT und Scouts

Die Kommunikationsteams (KMT), früher Anti-Konflikt-Teams (AKT), sind in den auftretenden Erschwernissen mit einer Belastung am Beispiel der AHu vergleichbar. Insbesondere in Berücksichtigung der Zielstrategie sind die KMT unverzichtbarer Bestandteil der polizeilichen Deeskalation. Durch die häufigen und kurzfristigen Alarmierungen beziehungsweise Kräfteanforderungen wird den Dienstkräften in einem KMT durch Ausübung dieser regelmäßigen Zugleichaufgabe die Erreichung einer Zulage gemäß § 17 a EZuLV auf ihren Stammdienststellen häufig unmöglich gemacht. In der Folge müssen Mitarbeitende

finanzielle Verluste hinnehmen, welche ohne die Tätigkeit nicht aufgetreten wären.

Das politische Ziel der Deeskalation bleibt auch zukünftig hochaktuell. Die KMT machen den polizeilichen Willen zur Deeskalation deutlich. Die oben beschriebene Schlechterstellung schädigt wiederum die innerbehördliche Attraktivität dieser Aufgabe. Diese Schlechterstellung kann nur kurzfristig durch Mitarbeitende mit einer überdurchschnittlichen Eigenmotivation an den Themen Kommunikation und Deeskalation kompensiert werden. Mit der zu erwartenden Pensionierungswelle werden die personellen Lücken jedoch nicht vollständig durch Idealisten zu decken sein, die sich unter Hinnahme finanzieller Nachteile aus intrinsischer Motivation für diese Zugleichaufgaben entscheiden. Somit hängt der Rekrutierungserfolg für die KMT, neben optimalen Arbeitsbedingungen, von einer finanziellen Würdigung ab. Mitarbeitende mit entsprechendem Potenzial dürfen wegen ihres Interesses nicht weiterhin benachteiligt werden.

Die Demonstrationen im Land Berlin sind immer häufi-

ger nicht durch eigene Kräfte zu bewältigen und bedürfen der regelmäßigen Unterstützung durch die Polizeien der Länder sowie des Bundes. Diese Fremdkräfte stehen häufig Scouts der Berliner Polizei zur Unterstützung und Beratung im Einsatz zur Seite. Aufgabe dieser Scouts sind die Navigation, die Weitergabe von Erfahrungswissen, Hintergrundinformationen zu Leitlinien und Einsatzziele bei der Bewältigung von Aufgaben bei besonderen Aufbauorganisationen im Land Berlin, sie sind somit unverzichtbarer Bestandteil zur Lagebewältigung. Diese Scouts erledigen ihre Aufgabe ebenso als Zugleichaufgabe wie die Mitarbeitenden der KMT. Bisher gelten die Scouts nicht als Alarhundertschaft und erhalten somit bei Alarmierung für diese Einsätze keinerlei finanzielle Abgeltung, obwohl die gleichen Erschwernisse entstehen. Diese Regelungslücke kann nicht gewollt sein und es gilt, sie zu schließen.

Der Personalbedarf an Scouts im Kalenderjahr bewegt sich im niedrigen zweistelligen Bereich. Fortsetzung auf Seite 7

Referat Zentraler Objektschutz mit neuem Dienstzeitmodell

12-H-Dienst wegen der Pandemie

Die DPoIG Berlin hat sich dafür eingesetzt, dass während der COVID-19-Pandemie ein 12-Stunden-Dienst möglich ist. Und war erfolgreich.

Das Modell wurde am Mittwoch den 25. November 2020 eingeführt. Die Dienstzeiten im Referat Zentraler Objektschutz, das zur Direktion Zentrale Sonderdienste (ZeSo) gehört, lassen sich mit folgender Formel beschreiben:

Tag – Tag – frei – frei – Nacht – Nacht – Ausschlaf-Tag – 2 Tage frei

Für diejenigen, die an Weihnachten oder Silvester Spätdienst gehabt hätten, entfällt er nun. "Ihr könnt im Kreis eurer Familien oder Freunde feiern", sagt Andreas Dittrich, stellvertretender Kreisvorsitzender Direktion ZeSo und Vize-Landestarifbeauftragter in der DPoIG-Berlin.

Die Verlängerung der Zeiten dient dem Gesundheitsschutz: dem eigenen, dem der Kolleginnen und Kollegen und dem von Angehörigen und Freunden. Und er bedeutet einen Freizeitgewinn. Der DPoIG-Forderung nach mehr Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird er mehr gerecht.

Die Entscheidung hat der Direktionsleiter PD Thorsten-Arne Beese am 19. November gefällt, der Personalrat hat umgehend zugestimmt, wie Boris Biedermann, stellvertretender DPoIG-Landesvorsitzender, direkt nach der Sitzung berichtete.

Meldet euch gerne und sagt uns, wie ihr das neue Dienstzeitmodell findet.



➤ Anpassungsvorschlag KMT und Scouts

Unter Berücksichtigung der Argumente sollte der Bereich der Kommunikation und Konfliktbewältigung mit einer finanziellen Unterlegung identisch den Regelungen

des § 9 EZuLV gestärkt werden. Somit wäre folgende Regelung unter Berücksichtigung der AHu-Vorschläge zu schaffen:

§ 9A EZULV – „ZULAGEN FÜR DEN EINSATZ IN EINEM KOMMUNIKATIONSTEAM“

Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte erhalten für jeden Einsatz in einem Kommunikationsteam oder als Scout eine Zulage von 20 Euro, höchstens jedoch 60 Euro monatlich. Geleistete Einsätze in einem Kommunikationsteam, die wegen der Höchstgrenze

nicht im Kalendermonat abgegolten werden können, werden jeweils in den Folgemonat übertragen. Im Kalenderjahr können maximal 36 Einsätze abgegolten werden.

FORTSETZUNG FOLGT IM NÄCHSTEN POLIZEISPIEGEL. ■

Auf Wunsch zwischen Wasser und Asphalt

Am 31. Oktober 2020 führte der Kreisverband Dir E/V eine Einsatzkräftebetreuung durch. Nach dem Start in der Landesgeschäftsstelle der DPoIG Berlin besuchten wir die Unterkunft der Wasserschutzpolizei in Mitte sowie die Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der Abteilung Verkehr (BVK) an der Friesenstraße hinter dem Tempelhofer Feld.

Dank eines Aufrufs in den sozialen Medien meldeten etliche Einsatzkräfte ihren Wunsch nach einer Betreuung an. Durch die gezielte Ansteuerung der Kräfte im Stadtgebiet konnten wir die Wünsche zum größten Teil erfüllen.

Unser Schwerpunkt war die Betreuung der Einsatzkräfte, welche sich anlässlich einer

Demonstration rund um den Alexanderplatz aufgestellt hatten. Vor Ort verteilten wir vorgepackte Tüten, die wir mit Informationsmaterial und nützlichen Sachen für den Dienst, aber auch für die „gute Seele“ (Süßes und Saures) bestückt hatten. Wir führten sehr nette und informative Gespräche.

Gegen 14.30 Uhr beendeten wir die EKB, weil wir komplett leergefegt waren.

Eine Kollegin schrieb: „Vielen Dank, dass ihr da wart! Die Kollegen haben sich mehr als gefreut!“

Ein besonderer Dank geht an die HelferIn und die Helfer!

*Euer Angelo Kolibabski,
Kreisvorsitzender KV Dir E/V*



➤ Rainer Wendt (Bundesvorsitzender DPoIG), Holger Schulz, Beisitzer Senioren, Alexander Wurl, Beisitzer KV Dir E/V und Autor Angelo Kolibabski (alle drei DPoIG Berlin) (Foto oben) an der Unterkunft der Wasserschutzpolizei in Mitte am Reichstag vor dem Paul-Löbe-Haus. Außerdem an der Friesenstraße in Kreuzberg bei Kolleginnen und Kollegen, die im Bereich der Abteilung Verkehr arbeiten.

➤ Zum Jubiläum in Hamburg eine gelungene Überraschung aus Berlin

100 Jahre jung und immer noch DPoIG-Mitglied

Am 15. November 2020 war es in Hamburg endlich soweit: Die gebürtige Berlinerin Gerda Rosada beging ihren 100. Geburtstag!

Die Feier wurde wegen Corona zwar verschoben, aber als Gesandte der DPoIG Berlin überbrachten Boris Biedermann, stellvertretender Landesvorsitzender, und Holger Schulz, Beisitzer Senioren, der Jubilarin die allerherzlichsten Glückwünsche des gesamten Landesvorstandes. Gemeinsam mit der Tochter hatten die

Berliner die Gratulation, den Transport und die Übergabe der Blumen und des Präsentkorbes geplant.

Warum diese Aktion?

Gerda Rosadas Mann war in der Direktion 5 tätig gewesen und Mitglied der DPoIG. Er ist 1974 gestorben. Gerda Rosada übernahm



➤ Mission erfüllt: Gerda Rosadas Tochter hat die Übergabe der Präsente im Bild festgehalten und es uns später zugeschickt. Im Bild die Jubilarin.

als Witwe dessen Mitgliedschaft. Mit 82 Jahren ist sie schließlich weg aus Berlin zu ihrer Tochter nach Hamburg gezogen.

Sie hat eine Tochter, vier Enkelkinder und zehn Urenkel, von denen der jüngste gerade mal sechs Wochen alt ist.

Wie ihre Tochter sagte, sei ihre Mutter über die Aufmerksamkeit und Gratulation seitens ihrer Gewerkschaft sehr ergriffen gewesen und die „Überraschung gelungen“.



➤ Boris Biedermann, stellvertretender Landesvorsitzender DPoIG Berlin, und Holger Schulz, Beisitzer Senioren, vor der Abfahrt nach Hamburg. Die Geburtstagsfeier unseres DPoIG-Mitglieds Gerda Rosada wurde zwar verschoben, aber die Geschenke wollten die beiden Gewerkschafter wenigstens zu ihrer Wohnung bringen. Nach Hamburg!



> Weihnachtsferien

Am 4. Januar 2021 zurück

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ihr werdet uns am Jahresende nicht erreichen können. Die Landesgeschäftsstelle bleibt vom 23. Dezember 2020 bis 3. Januar 2021 geschlossen. Ab dem 4. Januar 2021 sind wir wieder für euch da.

Wir wünschen euch allen:

Frohe Weihnachten und guten Rutsch ins neue Jahr!

Notfallnummer der DPoIG Berlin



Gilt nur außerhalb der Geschäftszeiten.

0177.3008710



© aratian/fotolia

Suchtprobleme? Alkoholprobleme?

Dann Kreuzbund Berlin!

- > Wir bieten Hilfe außerhalb der Polizei!
- > Gruppen in Berlin und bundesweit!
- > Eine ist auch in deiner Nähe!



Kreuzbund Diözesanverband Berlin e. V.

Tübinger Straße 5, 10715 Berlin

E-Mail: info@kreuzbund-berlin.de, Tel.: 030.85784380

Redaktionsschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Redaktionsschluss für die Januar/Februar-Ausgabe ist der 3. Januar 2021.

Veröffentlichungen wie Leserbriefe, Termine, Veranstaltungen, sonstige Wünsche oder Kritik bitte an folgende Adresse senden:

> **Landesredakteur DPoIG Berlin**

Kay Biewald, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin, oder E-Mail: presse@dpolg-berlin.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Es entsteht kein Anspruch auf Honorierung und Rücksendung.

Alle mit vollem Namen oder Namenszeichen versehenen Artikel oder Leserbriefe stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der DPoIG dar.



Rechtsschutzberatung

Die Rechtsschutzberatung der DPoIG Berlin für unsere Mitglieder findet nach Vereinbarung und vorheriger telefonischer Rücksprache statt.



Termine können unter 030.3933073-74 vereinbart werden.

Beratung und Gewährung von Rechtsschutz nur nach der Rechtsschutzordnung des dbb.



© DPoIG Berlin

> Nicht zuschauen, nicht abwarten – das Ergebnis ist eindeutig: „Sofort eingreifen!“ lautet die Forderung an die Polizei, wenn es bei Anti-Corona-Demonstrationen zu Verstößen kommt. Die Umfrage dazu haben wir Ende November bei Twitter gestartet. Abgestimmt haben 40 594 Menschen!